ZECK

das info aus der flora für drogistInnen

Nr. 71 Juli / August 1998

Polizei greift durch!

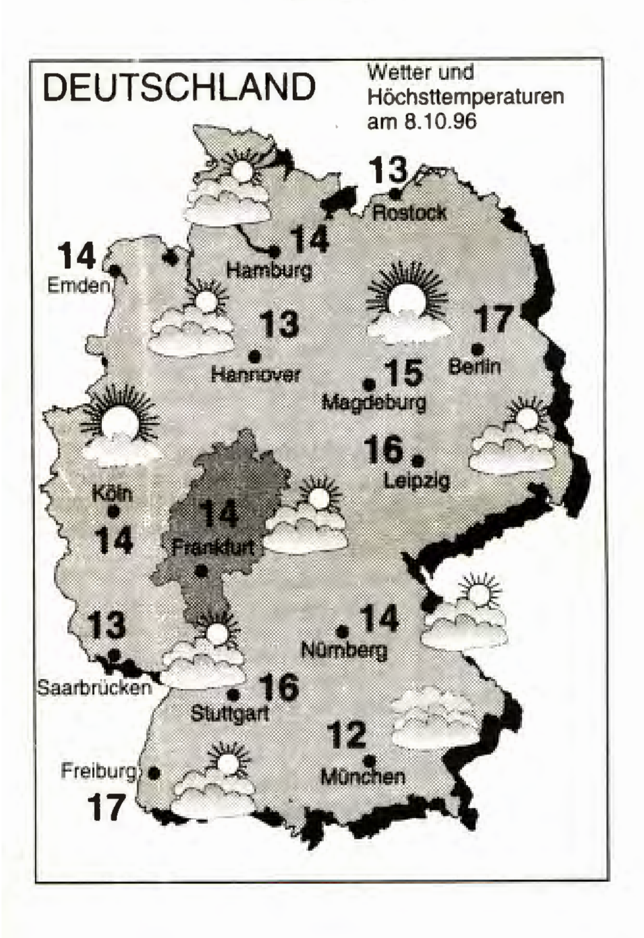
Endlich Schluß mit den Drogen im Florapark!



Vorneweg

Ist mal wiedersoweit, die letzte Nummer vor der großen Sommerpause ist da. Die Wiedererscheinungswahrscheinlichkeit dieser Zeitung wird allerdings stark von der Regenwahrscheinlichkeit während der Sommerpause abhängen. Irgendwann haben auch wir mal die Schnauze voll von so viel Wasser. Aber muß ja irgendwie weitergehen...
Inhaltlich gibt's wieder viel zu Flora-Drogen-Repression und Diskussion zur RAF-Auflösungserklärung.
Ein großes Sorry wegen der vielen falschen Veranstaltungstermine in der letzten Nummer, wir hatten aus bisher ungeklärten Gründen eigentümlicherweise den tibetanischen Fastenkalender als Arbeitsgrundlage zur Verfügung. Es ist unverzeihlich, daß das niemand aufgefallen ist!
Ach ja, den Berti-Jungs wollen wir dann doch ne gute verfrühte Heimfahrt wünschen, drei Kreuze.
So, und jetzt viel Lesespaß!

Die Red.



Inhalt

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.

Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Dekkungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: P.Maurer, Max-Brauer-Allee 143, 20357 Hamburg

Nazi- Aufmarsch in Lüneburg am 13.06.1998

Am 13.06.1998 marschierten in Lüneburg mehr als 60 organisierte Faschisten auf. Der Aufmarsch wurde von den „Freien Nationalisten" organisiert.
Die Demonstration wurde von einem bisher nicht in Erscheinung getretenen Lüneburger Faschisten angemeldet. Dazu gab er sich gegenüber dem Ordnungsamt als Mitglied der „Initiative Arbeitssuchender" aus. Während des etwa eineinhalb stündigen Aufmarsches war das Thema: „Arbeit". So marschierten die Nazis dem Leittransparent „Polen in das Arbeitsheer - Gerhard Schröder danke sehr" hinterher.
Gegenaktivitäten bzw. eine Verhinderung waren nicht möglich. Ursachen dafür waren sowohl das Überraschungsmoment auf der Seite der Nazis, als auch die zeitgleiche antifaschistische Demonstration in Bad Segeberg (Öffentlich machen der Aktivitäten von Thekla Kosche/Anti-Antifa). Auch trug das „Augen-zu-und-durch" der Stadt dazu bei. Spätestens am Freitag zuvor, als klar war wer hinter dieser Demonstration steht, hätte die „Öffentlichkeit" informiert werden müssen. So wurde es beim medienwirksamen Rumgeschupse des Bürgermeisters durch Thomas Wulf belassen. Damit auch ja nichts schief geht, wurde der Aufmarsch von mindestens einer Hundertschaft Bereitschaftspolizei begleitet.
Um 15 Uhr fand dann einen spontane Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch statt. Rund 40 AntifaschistInnen aus den verschiedensten Spektren zogen lautstark durch die Innenstadt.
Nachschlag:
Eine Woche später, am 19/20. Juni wollten ca. 150 bei den Hammerskins organisierte Nazis bei Scharnebeck (Landkreis Lüneburg) ein Wochenende verbringen. Diesmal war die Polizei mehr auf Zack und verwies die Nazis mittels des niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes des Platzes.
Offensichtlich wurde das Treffen, zu dem auch englische, schwedische und US-amerikanische Faschisten angereist waren, von Uelzener und Lüneburger Nazis organisiert. Am 25. Juni gab es, als Reaktion auf den Nazi-Aufmarsch, eine von der „Initiative Arbeitsuchender" veranstaltete Podiumsdiskussion. Eingeladen waren: Mägde/Bürgermeister, Römhild/Kriminaldirektor, Jobski/Leiter Abt. Staatsschutz, Dietrich/DGB, Böschen/Kirche. Die Diskussion wurde lautstark von DVUlern gestört, während draußen etwa zehn „Freie Nationalisten" Flugblätter verteilten und AntifaschistInnen bedrohten. Soviel zur „Empörung und Betroffenheit".
Vorher:
Uelzener Nazis waren an den Demonstrationen des „Bündnis Rechts für Lübeck" beteiligt. Mindestens einer übernahm bei der Nazidemo „Keine Macht den Drogen" am 4.April in Klötze Ordnertätigkeiten. In Leipzig beteiligte sich ein Uelzener Naziaktiv an der Führung des Demonstrationsversuches der „Freien Nationalisten".
Außerdem besuchten sie zusammen mit mehreren Nazis, darunter Thorsten Heise, die Mackenrode-Prozesse gegen fünf AntifaschistInnen in Göttingen.
Am 8. Mai (Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus) traten ca. acht in Aktion. Am Denkmal des 26. Luftkampfgeschwaders - heldenhafte Mörder von Spanien bis an die Krim - war Saubermachen angesagt. Nebenbei wurden Flugblätter verteilt.

Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen
OG Lüneburg
c/o Heinrich-Böll-Haus
Katzenstraße 2
21335 Lüneburg

OG Uelzen
Postfach 1217
29544 Bad Bevensen



Jedes Jahr die gleiche Scheiße?

Am 3. Oktober feiert sich die Nation.
Die zentrale Feier wird dieses Jahr von Niedersachsen in Hannover gestaltet, wovon wir uns über den originären Anlaß hinaus eine anschauliche Präsentation weltmännischer Herrlichkeit (zeitliche Nähe zur Bundestagswahl/ Schröder wird Kanzler) und weltstädtischer Sauberkeit (Hannover rüstet sich für die EXPO 2000) versprechen. Es wird an dem Tag ebenfalls eine bundesweite Demonstration unter dem Motto „Keine Kollaboration mit der Nation" geben. Wir möchten mit Euch bereits jetzt schon die Vorbereitungsphase einläuten; überlegen, wie wir über die Demo hinaus an dem Tag Stärke entwikkeln und zeigen können. Deshalb:

1. Vorbereitungstreffen Mittwoch 15. Juli, 19.30 Uhr Rote Flora, 1.Stock.

Achtet auf weitere Ankündigungen!

Namenlose Veranstaltungskalendergruppe

Eine bisher noch namenlose Gruppe hat es sich zum Ziel gesetzt, einen Veranstaltungskalender von unkommerziellen Veranstaltungen (Eintrittspreis unter 10,-DM) zu erstellen. Der Kalender soll monatlich erscheinen und kostenlos ausliegen.
Der Einsendeschluß für Juli/ August ist gerade verstrichen (am 5.7.).
Kontaktadresse:
veranstaltungskalender, c/o cafè und buch, marktstr. 114, 20357 Hamburg

Die Stadt gehört allen!

Pünktlich zu den Sommerferien beginnt der PESTCLUB seine Sommerlochoffensive mit einem wöchentlichen Programm, in Form einer Austellung, einem nachmittäglichen Picknick und einem spätabendlichen Filmprogramm, jeden Donnerstag im Flora Park! Diese Veranstaltung ist eine Antwort auf die momentane Hetze und Vertreibungspolitik von Bullen, Senat, Medien und „wohlanständigen Bürgern" gegenüber sogenannten Randgruppen und dem „Drogenproblem" (bzw. der Roten Flora).
Gegen die Einrichtung von „Zero-tolerance-Zonen", Vertreibung, Rassismus und die Privatisierung des „Öffentlichen Raumes"!
Ab 17 Uhr Picknick, ab 22 Uhr Filme:
9. Juli: „Der Schattenboxer"
Dt. Spielfilm von Lars Becker, 1992, 80 Min.
16. Juli: „Landgang für Ringo"
Dt. Spielfilm von Lars Becker, 1996, 90 Min.
23. Juli: „Ghosts of the Civil Dead"
Austr. Spielfilm, 1988,90 Min.
30. Juli: „Fest des Huhns"
Österr. „Dokumentation", 1999, 100 Min.

Willi Bredels Privatbibliothek in Hamburg eröffnet

Die über 5000 bändige Privatbibliothek des Hamburger Arbeiterschriftstellers wurde in einem eigenen Raum in der Forschungsstelle für die Zeitgeschichte im Schulterblatt 36 aufgestellt. Sie ist dort öffentlich zugänglich, und zwar montags bis donnerstags von 9:30 Uhr bis 17 Uhr sowie freitags bis 14 Uhr.Die Bibliothek umfaßt neben wertvollen Hamburgensien und Werken deutscher Klassiker seltene Ausgaben der Exil- und Arbeiterliteratur und eine umfangreiche Sammlung fortschrittlicher Autoren dieses Jahrhunderts.

Schanzenviertelfest am 18.7.98

Auch dieses Jahr wird es wieder ein unkommerzielles Viertelfest geben. Die letzten Vorbereitungstreffen sind am 9.7. und 16.7. (Donnerstags) um 19 Uhr in der Flora-Vokü

Karawane Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Wie bereits in der letzten Zeck angekündigt startet am 13. August in Bremen eine Karawane, die durch 25 deutsche Städte ziehen und die verschiedenen Aspekte des Rassismus in der BRD thematisieren wird. Initiiert vom Internationalen Menschenrechtsverein Bremen, wird die Karawane von einem Bündnis aus Flüchtlingsorganisationen und Antirassismus-Gruppen. organisirt

Nach dem Auftakt in Bremen geht's nach Hamburg, wo am 16. und 17.8. verschiedene Aktionen stattfinden sollen, u.a. Kundgebungen an den Flüchtlingsschiffen in Neumühlen, an der Ausländerbehörde an der Amsinckstraße und beim Abschiebeknast in Norderstedt.

Kontaktadresse: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen, Kornstr. 51, 28201 Bremen; Tel.: 0421/55 77 093; Fax: 0421/55 77 094

Taxenkonvoi nach Görlitz

Vom 24.7. bis 2.8. wird es ein antirassistisches Aktionscamp an der deutsch-polnisch-tschechischen Grenze geben (s. Zeck Juni 98). Mittwoch, der 29.7. steht unter dem Motto: „Gegen die Grenzjustiz!" und soll die Prozesse gegen Taxifahrer wegen „Beihilfe zum illegalen Aufenthalt" in den Mittelpunkt stellen. Zur Planung eines Taxenkonvois in Görlitz am 29.7. sind alle TaxifahrerInnen eingeladen, am Donnerstag den 16.7.98 um 19 Uhr in das Büro der Schwarzen Katze, Thadenstr.118 (Souterrain) zu kommen. Interessierte KollegInnen aus anderen Städten können sich wenden an: das taxi, Tel.: 040/ 22 11 21

Erneuter Anwerbeversuch des Verfassungsschutzes in Hamburg

Am Montag, den 20.4.98, wurde eine Person aus antifaschistischen Zusammenhängen von einem Beamten des VS auf einem S-Bahnhof angesprochen. Aus dem Gedächtnisprotokoll:

„An der Rolltreppe des S-Bahnhofes trat ein Mann auf mich zu und fragte, ob ich mich in der Umgebung auskenne. Noch bevor ich das richtig bestätigen konnte, hatte er schon seinen Arm um meine Schulter gelegt, mich mit meinem vollen Namen angeredet und mit der Aufforderung konfrontiert, uns doch einmal über meine Freizeitaktivitäten zu unterhalten. Ich ging schnurstracks weiter, er stiefelte hinterher, zog seinen Ausweis und stellte sich als Mitarbeiter der Innenbehörde, Abteilung Verfassungsschutz, vor. Ich blockte wiederum ab und ging weiter. Er wollte trotzdem nicht ablassen und hakte penetrant mit Fragen wie „...wollen wir uns direkt hier unterhalten?", „...oder in der Bahn?", „ja ansonsten morgen bei Ihnen Zuhause?" nach. Als auch das nichts nutzte und ich im Begriff war, den Bahnhof wieder zu verlassen, blieb ihm nichts anderes übrig, als lapidar zu bemerken, daß das wohl typisch für die Politischen sei, sich immer vor der „Diskussion" drücken zu wollen. Er benutzte daraufhin sein Handy, wohl um seinen KollegInnen mitzuteilen, daß dieser Versuch gescheitert war!"

Der VS hat sich bis heute bei dem Betroffenen nicht wieder gemeldet.

Macht Anwerbeversuche öffentlich!

Der Verfassungsschutz ist ein staatliches Instrument, das den Repressionsorganen zuarbeitet und allein aus diesem Grund kein Gesprächspartner für uns! Es ist ein grundsätzlicher Fehler, sich auf irgendwelche Gespräche einzulassen. Das einzig richtige Verhalten, falls Du angequatscht wirst, ist, die Öffentlichkeit zu suchen. Rede mit vertrauen Leuten darüber, fertige Gedächtnisprotokolle an und überlege Dir gemeinsam mit anderen, diesen Versuch zu veröffentlichen.

Deutsche Verhältnisse und antirassistische Perspektiven
Eine Veranstaltungsreihe von Roter Flora und GWA St.Pauli Süd e.V. vom 15.8. - 17.9.98

Rote Flora, I.Stock, Eintritt für jede Veranstaltung 3,- DM :

Samstag 15.8., 18 Uhr
Verfolgung und Flucht während des Nationalsozialismus
Referentin: Eine Vertreterin des Auschwitz-Komitees ist angefragt.

Sonntag 16.8., 20 Uhr
Antirassistische Politik und die deutschen Verhältnisse
ReferentInnen von Gruppen, die in ihrem antirassistischen Politikansatz verstärkt versuchen, die speziell deutschen Verhältnisse der Gesellschaft und ihre rassistischen Kontinuitäten herzuleiten und dies in ihre Praxis einfließen zu lassen.

Montag 17.8., 20 Uhr
Die bundesweite Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen stellt sich vor.

Mittwoch 19.8., 20 Uhr
Selbstorganisation von MigrantInnen
Verschiedene Selbstorganisationen von MigrantInnen sind eingeladen.

Freitag 21.8., 20 Uhr
Äußere Grenzen
Geplant sind Berichte vom Frauen-Lesben- und vom gemischten Grenzcamp in Görlitz, die in diesem Sommer an der deutsch-polnischen Grenze stattfinden.

Samstag 22.88., 20 Uhr
Soliparty für illegalisierte Flüchtlinge
Große Party mit zwei Bands und danach Disco

Sonntag 23.8., 20 Uhr
Innere Grenzen
Podiumsdiskussion mit VertreterInnen der *Roten Flora*, des *Anti-Rassismusbüros Bremen* (angefragt) und der *AG KontrolleurInnen kontrollieren*. Auch innerhalb der Staatsgrenzen nimmt die Ausgrenzung und Vertreibung immer bedrohlichere Formen an. Private Sicherheitsdienste sorgen Hand in Hand mit Polizei und Pressehetzkampagnen für „saubere" Innenstädte.

GWA, Hamburger Hochstr. 2, jeweils Donnerstags 19.30 Uhr:

27.8.: Eröffnungsveranstaltung mit VertreterInnen des Jugendclub Courage (Köln) und der Hamburger Glasmoor-Gruppe
Wie ist die Situation im größten bundesdeutschen Abschiebeknast in Büren und wie im Abschiebeknast Glasmoor (Norderstedt)?

3.9.: Abschiebepolitik der BRD und EU mit Harald Glöde, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Berlin.

10.9.: Das Bild der „Fremden" im gesellschaftlichen Diskurs und in der Sprache der alten und neuen Rechten
mit Professor Dr. Siegfried Jäger (angefragt)

17.9.: Podiumsdiskussion
Migrationspolitik unter Rot-Grün - eine Alternative?
Mit VertreterInnen der Parteien GAL, SPD, FDP, CDU und von Flüchtlingsinitiativen

„Ich möchte nicht mehr sitzen hier für Deutschland - Ausstellung über Flüchtlinge und Abschiebehaft in Deutschland" vom Jugendclub Courage, Köln

Rote Flora 15.8. - 23.8.98 an den Veranstaltungstagen ab 17 Uhr
GWA 27.8. - 17.9.98, Dienstag - Freitag 8 - 14.30 Uhr, an Veranstaltungstagen ab 18 Uhr

Buch-Release-Party der gruppe demontage

Endlich ist das Buch der g.d. „Postfordistische Guerilla - Vom Mythos nationaler Befreiung" im Handel.
Freitag, 10.Juli, ab 21 Uhr, Ludwigstr. 8.
Am Plattenteller: Günter Jacob



Erklärung der Roten Flora

„zero tolerance" für staatliche Vertreibung!

Seitens der Polizei steht in den kommenden Tagen eine weitere Eskalation der Vertreibungsmaßnahmen gegen DrogenkonsumentInnen und -händlerInnen bevor Der zuständige Leiter der Revierwache 16, Tille hat angekündigt, daß insbesondere der hinter der Roten Flora zur Verfügung gestellte provisorische „Druckraum" aufgelöst und der dort existierende Schutzraum zerschlagen werden soll.
Bereits Anfang April war auf Geheiß des rot-grünen Senats in einer Nacht-und-Nebel-Aktion das Provisorium abgerissen worden, konnte jedoch bereits am folgenden Tag im Rahmen einer öffentlichen Aktion wieder aufgebaut werden.
Unabhängig davon haben die Kontrollen und Razzien insbesondere hinter der Flora stetig zugenommen. Zwei Einsatzzüge wurden zusätzlich ins Schanzenviertel beordert, um parallel zum Vertreibungskonzept für St. Georg auch hier repressiv vorzugehen. Neben permanenten Kontrollen auf der Straße riegeln bis zu 4 mal täglich Beamte auch den Bereich unter der Floraterasse ab, erteilen Platzverweise und verhaften Menschen ohne Paß. Menschen, die gegen Gebietsverbote verstoßen, werden immer häufiger auch bis zu 24 Stunden eingeknastet (amtdeutsch „Ingewahrsamnahme"). In den letzten Wochen hat dies immer wieder obdachlose KonsumentInnen getroffen, die ja nunmal keinen anderen Aufenthaltsort als die Straße haben.

Der Raum hinter der Flora mit seinen alles andere als optimalen Bedingungen stellt angesichts der offensichtlichen Überlastung des Fixsterns noch immer einen der letzten Rückzugsräume für KonsumentInnen im Schanzenviertel dar.

Solange das Kernproblem - die Illegalisierung bestimmter Drogen - nicht gelöst ist, wird die derzeit herrschende Politik stets nur zu einer räumlichen Verschiebung der HändlerInnen und KonsumentInnen führen. Hierdurch wird es gänzlich unmöglich, daß Betroffene eigene Strukturen aufbauen, in denen sie Alltag und Konsum organisieren können. Dabei darf auch die rassistische Komponente nicht aus dem Auge verloren werden, hat doch der Umstand, daß der Drogenhandel bestimmten MigrantInnen zugeschrieben wurde, dazu geführt, daß die Hautfarbe inzwischen das maßgebliche Kriterium polizeilicher Kontrollen und Folgemaßnahmen ist und der innerstädtische Bereich für Mensch dunklerer Hautfarbe faktisch ein nicht mehr betretbares Areal darstellt.
Derartige diskriminierende Praktiken bilden ihrerseits den Nährboden für fortgesetzte rassistische Übergriffe besonders durch die Polizei und signalisieren eine Rechtlosigkeit im öffentlichen Raum. Gleichzeitig dienen sie der Kriminalisierung von MigrantInnen und der Aufspürung illegalisierter Menschen, um deren Abschiebung zu betreiben.

Vor diesem Hintergrund betrachten wir den erneuten Angriff der Staatsmacht auf UserInnen und HändlerInnen als bewußte Verschärfung eh unerträglicher Zustände, die durch die Drogenverbotsproblematik erst hervorgebracht werden. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, daß die Zerschlagung eines Szeneanlaufpunktes, wie es der Raum hinter der Flora angesichts der faktischen Präsens von DrogenkonsumentInnen im Viertel geworden ist, die Menschen nur in die umliegenden Straßen und Parks abdrängen wird. Dadurch werden die Bedingungen für niemanden erträglicher, vielmehr wird das produzierte Elend abermals als ideologische Rechtfertigung für die weitere Verschärfung repressiver Maßnahmen (mehr Polizei, mehr Razzien etc.) herangezogen werden.

Dieser Kreislauf muß endlich durchbrochen werden!

Aus diesem Grund hat sich die Rote Flora vor mehreren Monaten angesichts der Situation im Stadtteil entschlossen, zusammen mit den KonsumentInnen den Raum hinter der Flora einzurichten. Dieses Provisorium kann selbstverständlich keine optimale, auf Dauer ausgerichtete Lösung bieten. Allerdings halten wir es für notwendig, daß es Orte gibt, an die sich KonsumentInnen zurückziehen können. Auch wenn eine längerfristige Lösung einzig und alleine in der Freigabe der derzeit illegalisierten Drogen liegt und nur so die Elend produzierenden sozialen Bedingungen durchbrochen werden können: das erforderliche gesellschaftliche Umdenken und der Widerstand gegen Vertreibung und Ausgrenzung muß hier und jetzt beginnen.
Daher gilt es (auch weiterhin) die polizeilichen Maßnahmen zurückzuweisen und möglichst effektiv zu behindern und Druck aufzubauen, der auf Veränderung der derzeit herrschenden Politik abzielt.

Rote Flora, 01. Juli 1998



Nichts von dem, was sich hier gerade durchsetzt, ist erträglich -

Von staatlicher Seite steht eine weitere Eskalation der Vertreibungsmaßnahmen gegen DrogenkonsumentInnen und -händlerInnen bevor bzw. befindet sich bereits in der Phase der Umsetzung. Der hinter der Roten Flora zur Verfügung stehende Sicht- und Windschutz soll aufgelöst, der dort existierende Rückzugsraum zerschlagen werden. Bereits Ende April wurde das Provisorium auf Veranlassung des Senats in einer Nacht-und Nebel-Aktion das erste Mal abgerissen, konnte jedoch im Rahmen einer öffentlichen Aktion in den nächsten Tagen wieder aufgebaut werden. Unabhängig davon haben die Razzien, Kontrollen und Platzverweise vor allem auch hinter der Flora massiv zugenommen. Zwei Einsatzzüge Bereitschaftspolizei wurden zusätzlich zur Lerchenwache geordert; sind permanent auf der Straße präsent und riegeln etwa den Bereich unter der Floraterrasse mehrmals täglich ab, um dort Platzverweise zu erteilen, Personalien festzustellen und Menschen ohne Paß immer häufiger auch bis zu 24 Stunden einzufahren, so sie nicht direkt in Abschiebehaft genommen werden.
Trotz der alles andere als optimalen Bedingungen hat dieser Raum einen der letzten Rückzugsräume für KonsumentInnen dargestellt. Die Situation der Betroffenen wird somit durch den Angriff auf diesen Ort nochmals bewußt verschärft. Solange die Kernprobleme - die Illegalisierung bestimmter Substanzen und die Herstellung von sozialen Bedingungen, die Menschen dazu zwingen, auf der Straße zu überleben - nicht gelöst werden, wird die derzeit herrschende Politik stets nur zu räumlichen Verschiebungen der jeweils von Vertreibung betroffenen Szenen führen.
Der ständige Kreislauf von Vertreibung, Ausgrenzung, Produktion von Elend und weiterer Verschärfung repressiver Szenarien muß endlich durchbrochen werden!
Die Verhältnisse - nicht nur, aber eben auch im Stadtteil - sind unhaltbar.

Die Situation im Schanzenviertel ist zur Zeit ein Studienfeld für die Bildung eines kleinen nationalen Kollektivs - auch wenn dieses Kollektiv viele Brüche aufweist.[1] Die Medieninszenierung eines eigentlich so "multikulturellen, toleranten" Viertels hat eine neue Qualität von Identifikation mit dem Stadtteil geschaffen. Dabei wird an diesem Beispiel ausgesprochen deutlich, wie eine solche Form der Identifikation abläuft. Sie benötigt ein abgrenzbares Gegenüber, welches in diesem Fall durch verschiedene marginalisierte Gruppen gebildet wird. Besonders trifft dies immer wieder neu definierte Gruppen von Flüchtlingen, deren Sichtbarkeit im Stadtbild die Kategorisierung erleichtert und die zum zweifach Fremden werden: als Nicht-Deutsche, die ohnehin rassistisch wahrgenommen werden wie auch als möglicherweise Illegale; sei es, weil sie ohne Papiere unterwegs sind, sei es, weil sie als Dealer festgeschrieben werden. Sie werden in jedem Fall zum Anderen, zur Bedrohung der alternativen Idylle gemacht.

Dabei ist es gelungen, die mediale Wirklichkeit exakt an bereits vorhandene Einstellungen anzudocken. Das Wechselspiel zwischen bei den BewohnerInnen bereits vorhandenen rassistischen und anderen ausgrenzenden Einstellungen und der medialen Inszenierung eines Viertels, in dem schwarze Dealer die Straßen beherrschen, bildet einen Zirkel der gegenseitigen Legitimation. In der Zeitung steht, daß Schanzenviertel kippe; weil es in der Zeitung steht, sind selbst AnwohnerInnen schnell überzeugt, daß es ja immer schlimmer wird im Stadtteil - Stoff für Artikel, die die schlechte Stimmung im Stadtteil thematisieren: dieser Zirkel geht in beide Richtungen auf.
Die gegenseitige Bestätigung erfüllt noch eine zweite wichtige Funktion: über die Identifizierung mit dem medial konstruierten Kollektiv "tolerante ViertelbewohnerInnen" gelingt es den AkteurInnen, jegliche Form reaktionären Gedankengutes in das alternative Gutmensch-Dasein zu integrieren. Es findet eine deutliche Verschiebung von Begrifflichkeiten statt. Worte aus einem ehemals linksliberalen, z.T. auch linksradikalen Kontext wie Solidarität, Toleranz oder Akzeptanz werden in ausgrenzende Argumentationsmuster umgedeutet und erlangen Hegemonie. Wenn einer wie der Hamburger Polizeipräsident Uhrlau in einem eigenen (!) taz-Artkel seine reaktionär-sozialdemokratischen Vorstellungen einer Kombination von repressiver Verdrängung und sozialthera-

[1] So werden etwa in das alternative Wohlfühlambiente die erwünschten MigrantInnen explizit miteinbezogen bzw. treten etablierte MigrantInnen u.U. auch als ProtagonistInnen auf.

peutischen Auffangbecken als "Solidarität im öffentlichen Raum"[2] übertiteln kann, ist das ein Indiz für die Schwierigkeit, argumentativ hier irgendwie voranzukommen.
Der Rahmen der Debatte um die Weiterentwicklung der Hamburger Drogenpolitik ist sehr eng abgesteckt. Bei aller Unterschiedlichkeit in den konkreten Vorstellungen gilt in der Auseinandersetzung ein unangefochtenes Dogma der repressiven Toleranz.
Es wird zwar mal mehr Repression oder mal mehr Toleranz gewünscht, die Rechtmäßigkeit und Richtigkeit der freundlichen oder eben offen gewalttätigen Verdrängung von Menschen, die nicht ins Ideal des satten Wohlstands passen und aus der Verwertungslogik herausfallen, wird an keinem Punkt in Frage gestellt.
Dies ist ein Ausdruck der Durchsetzung von ordnungspolitischen Konzepten, die als zero tolerance in der Innenstadt beginnen und in andere Gebiete bedarfsgerecht ausgedehnt werden. Das Konzept „Repressiven Toleranz" bildet dabei eine Klammer, über die konkrete ordnungs- und/oder sozialpolitische Maßnahmen an grundsätzliche politische Handlungsinteressen gekoppelt werden. Ähnlich wie bei der Schaffung medial vermittelter Realität gilt auch hier, daß sich gesellschaftliche Tendenzen und politische Konzepte bedingen.
Besonders plastisch sichtbar wird der politische Wille in Hamburg zur Zeit an der Entwicklung der sog. "Bettlerpapiere". Noch unter der alten SPD-Alleinregierung losgetreten, entstand ein Papier, das ziemlich unverblümt die Säuberung der Innenstadt von unliebsamen Gruppen forderte. Nach einer verhältnismäßig großen öffentlichen Empörung mündete die Auseinandersetzung im offiziellen Rückzug des Papieres und seiner Weiterentwicklung in einer Plakatserie der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, die mitten im kalten Winter 1996/97, der wie immer etliche wohnungslose Menschen Leben oder Gesundheit kostete, verkünden ließ: "In Hamburg muß niemand betteln". Solcherarts gegen den Vorwurf des Unsozialen angetreten, flaute die Debatte wieder ab, wurde aber über vereinzeltes Beklagen der Zustände am Hauptbahnhof, in der Innenstadt, im Schanzenviertel oder an anderen Orten lebendig gehalten. Die Übernahme der "broken-windows"-Theorie[3] sorgte für die dauerhafte Unterfütterung der Abwehrhaltung gegen "Schmutz" oder "auffälliges Verhalten".
Unter der Federführung des neuen grünen Stadtentwicklungssenators Maier wurde Ende April 1998 das "Handlungskonzept Hauptbahnhof" als grünes Bettlerpapier auf den Markt geworfen. Im neuen Slang der rot-grünen Koalition ist da von "sozial labilen Gruppen" zu lesen, die vom Hauptbahnhof angezogen würden, dort durch "massiertes Auftreten" und die "Vermischung in eine große Szene" dem und der BürgerIn den "öffentlichen Raum" nähmen. Dem, so verspricht Maier, werde durch die Kombination aus Sozialarbeit und wirkungsvoller Koordination der verschiedenen Sicherheitskräfte abgeholfen. Das Konzept sieht zugleich vor, daß die Angebote ganz gezielt dort ausgeweitet werden, wo sich die Szenen nicht unbedingt aufhalten („Dezentralisierung"), um eine Verteilung und Unsichtbarmachung „des Elends" zu erreichen. Besonders wird die Zusammenarbeit mit der AusländerInnenbehörde und damit die "beschleunigte Abschiebung ausländischer Drogendealer" hervorgehoben und dauerhaft auf Polizeipräsenz gesetzt ("auf eine Fortsetzung der Maßnahmen zum Zweck der Stabilisierung des Stadtteils (kann) nicht verzichtet werden").
Dieses Papier ist deswegen so interessant, da sich dort Leitlinien für die weitere Entwicklung finden. Dabei ist der Hauptbahnhof als Aushängeschild der Stadt zwar ein besonderes Gebiet, die dort eingesetzten Maßnahmen haben jedoch darüberhinaus Bedeutung. Die Umsetzung des Konzeptes "Repressive Toleranz" kann dabei je nach Kontext unterschiedlich ausfallen.
Das Spezifische am Schanzenviertel etwa ist die mediale Herstellung eines Mikrokosmos, in dem sich die Widerwärtigkeit als linksalternativ gerieren kann und der für die Umdeutung von Begrifflichkeiten eine wichtige Rolle spielt. Das "Viertel der Alternativen" wird unabhängig von der tatsächlichen Zusammensetzung der BewohnerInnen als Bild gebraucht, mit dem alle "ihren Stadtteil" hochhalten können. Dieses Bild entfaltet eine Integrationskraft, die unterschiedlichsten Gruppen eine Zusammenarbeit erlaubt (besorgte Eltern, Geschäftsleute, Polizei, alternativ angehauchte BürgerInneninis u.a.) Die einheitstiftende Wirkung dieses immer wieder beschworenen Bildes des eigentlich so "toleranten und vielfältigen Miteinanders im Schanzenviertel" ist nicht zu unterschätzen. Entlang der Parole des "alternativ-toleranten" Viertels werden aktuell klare Grenzlinien gezogen, durch den liberalen Mitleidsdiskurs legitimiert und durch polizeiliche Einschüchterung und Repressionsmaßnahmen verwirklicht.
Zusätzlich leistet die Berichterstattung die endgültige Legitimation reaktionärer Haltungen: Die begeisterte Analyse des Schanzenviertels hat immer wieder den Fokus auf die Behauptung gelegt, daß sogar den Alternativen die ganze Sache zu bunt wird - und wenn selbst die vermeintlich "Linken" die Schwarzen, die Dealer und die KonsumentInnen nicht ertragen können, sieht sich jedeR andere erst recht legitimiert, dagegen vorzugehen.
Im Rahmen der repressiven Toleranz sieht es manchmal so aus, als sei inzwischen alles und jedeR mit allen möglichen Positionen integrierbar. Die niedrigschwellige Sozialarbeit mit ihrem ehemals provokanten Ansatz wird genauso eingemeindet wie die alte linke Forderung, die Menschen in den Vierteln müßten befragt werde. Das Ganze heißt dann eben immer ein bißchen anders, als es mal gedacht war und nennt sich dann "Abstimmungsprozesse und Koordinierung zwischen polizeilichen Maßnahmen und denen der Drogenhilfe" oder Präventionsrat, aus Druckräumen werden Gesundheitsräume, die einen Aspekt des sog. 4-Säulenmodells aus Prävention, Überlebenshilfe, Therapie und Repression abdecken sollen und somit zumindest in der politischen Zielvorstellung „dazu beitragen, die Belastungen und Belästigungen der Allgemeinheit durch in der Öffentlichkeit stattfindenden Drogenkonsum [zu] reduzieren", wie es im



[2] "[...] Eine sozial verträgliche und die Rechte aller Passanten schützende Gestaltung des Zusammenlebens im öffentlichen Raum erfordert - insbesondere an stark frequentierten Orten wie dem Hauptbahnhof - Mindeststandards von Verhaltensregeln. Hierzu gehören der Verzicht auf Belästigungen, Nötigungen oder das Versperren von U-Bahn-Eingängen. Die Einhaltung dieser Regeln ist von allen Beteiligten zu fordern. Neben umfassenden Hilfsangeboten für die verschiedenen von Obdachlosigkeit oder Sucht betroffenen Szeneangehörigen ist andererseits auch eine Verletzung der erwähnten Regeln angemessen zu sanktionieren [...]"

[3] Danach begünstigen unsaubere Zustände oder „Verwahrlosung" einer Gegend kriminelles Verhalten. Daraus wird abgeleitet, daß es zur Bekämpfung von Straftaten wichtig sei, präventiv gegen eine breite Palette von Abweichungen vorzugehen.

Handlungskonzept Hauptbahnhof ausgeführt wird.

II.IDie Unerträglichkeit der Alltäglichkeit

Es dürfte bis hierhin deutlich geworden sein, wie sich das Modell "repressive Toleranz" im Schanzenviertel konkret ausgestaltet.
Waren zunächst die Schwarzen im Sternschanzenpark vorrangiges Ziel polizeilichen Zugriffs, sind seit vergangenem Herbst im Zuge der durch die Polizeimaßnahmen erzwungenen Verlagerung der Szene in den Bereich um die Rote Flora UserInnen im gleichen unerträglichen Ausmaß betroffen. Nach anfänglicher "Untätigkeit" finden, auch auf Druck der AnwohnerInnen, seit spätestens Februar diesen Jahres tägliche Razzien im "provisorischen Druckraum" hinter der Flora und zunehmende ständige Kontrollen auf der Straße statt. Mittlerweile werden auch vermehrt Obdachlose Opfer des allgegenwärtigen polizeilichen Kontrollwahns, werden Menschen festgenommen, die gegen Platzverweise verstoßen, eben weil sie sich dort, wo sie leben, nicht aufhalten dürfen sollen.
Zwischen Fassungslosigkeit über die Offensichlichkeit von Inszenierungen und die Schamlosigkeit, mit der hier teilweise denunziert, gespitzelt und gezetert wird auf der einen und eigener Schwäche auf der anderen Seite ist es fraglich, wie politische Arbeit zu diesen Themen in Zukunft aussehen kann.
Das Erdrückende an der Situation besteht in ihrer Alltäglichkeit und Normalität. Genau das infragezustellen oder effektiv anzugreifen, wäre die Aufgabe linker Intervention. Es ist zugleich das Schwerste.

Die angeblich so bedrohliche Atmosphäre im Schanzenviertel besitzt eine bedrohliche Wirklichkeit - für die Betroffenen, an denen die Polizei tagtäglich demonstriert, daß Bürgerängste ernstgenommen werden. Darin besteht auch der qualitative Unterschied zwischen Medienhetze und Polizeipräsenz: Was, zumindest eine Zeitlang, als Einschätzungs- und Bewertungsfrage noch diskutierbar schien, ist längst entschieden. Die Definitionsmacht und die gesellschaftliche Tendenz sind eins. Was monatelang medienwirksam beschworen und als vorgebliche Realität in den Wahrnehmungen verankert wurde, wird alltäglich bestätigt. Die Polizei setzt nur um, was "öffentliche Meinung" ist, und wird dementsprechend herzlich aufgenommen. Die Umsetzung sorgt zum einen für die Aufrechterhaltung dieser "Meinung", zum andern macht es für die Betroffenen einen realen Unterschied, ob sie Gegenstand von Ablehnung und Vorurteilen sind, oder ob sie kontrolliert, vertrieben, in Gewahrsam genommen und zusammengeschlagen werden.
Es gab immer wieder Versuche, an unterschiedlichen Punkten gegen den aggressiven Abschottungsprozeß kritisch zu intervenieren.
Im Spätsommer 1997 veranstaltete ein "Bündnis gegen Rassismus, Ausgrenzung und Vertreibung" Aktionstage am Sternschanzenbahnhof, um auf die massive Repression gegen Schwarze, die vor allem im Vorfeld des damaligen Hamburger Bürgerschaftswahlkampfes medienwirksam als "gefährliche Dealer" stigmatisiert wurden, zu reagieren und sich in Diskussionen einzumischen.
Im gleichen Sommer 1997 fanden zwei öffentliche Diskussionsveranstaltungen von der Gruppe „Blauer Montag“ im Viertel statt.

Kontinuierlich agiert ein Bündnis "Kontrolleure kontrollieren!", das Sicherheitsbeamte "begleitet" und ihre Arbeit zu behindern versucht.
Anfang Oktober 1997 wurde die mobile Revierwache am Schanzenbahnhof, die im Zuge des breiten Aufschreis einzelner BürgerInneninis: "Wir-erobern-uns-den-Park-zurück" dort aufgestellt wurde und zugleich Bürgernähe und Präsenz der Polizei darstellen sollte, angegriffen und zerstört.
Am 8.November 1997 fand eine Demonstration "Rechte für afrikanische Flüchtlinge in Deutschland!" statt, die von den Betroffenen der Razzien am Sternschanzenpark und antirassistischen Gruppen getragen wurde.

Als chronologisch letzte massivere Aktion ist der militante Angriff auf einen Streifenwagen Mitte April 1998 und daraus folgende Auseinandersetzungen auf der Straße zu nennen.
Von der Flora aus gab es immer wieder das Bemühen, mit der Situation direkt am Gebäude umzugehen. Ende 1997 wurde mit der Einrichtung eines „provisorischen Druckraums“ hinter dem Haus auf die Tatsache, daß der Platz dort vermehrt zum Drücken und als Treffpunkt der Drogenszene genutzt wird, reagiert. Über Flugblätter und Öffentlichkeitsaktionen wurde versucht, diesen Ansatz zu vermitteln. Seit die Polizei auch dort massiv vorgeht, wird versucht, regelmäßiger präsent zu sein und sich in die Razzien einzumischen. Inzwischen finden diese jedoch mehrmals täglich statt, und genau diese alltägliche Notwendigkeit des Eingreifens, nicht nur hinter der Flora, sondern im ganzen Viertel, zeigt die Schwierigkeiten und Schwächen linksradikaler Politik an diesem Punkt auf. Zwar wurde auf der Ebene von Diskussionen im letzten Jahr ein wichtiger Schritt vollzogen, indem - ein Novum in der autonomen Linken - die Position entwickelt wurde, daß sowohl das Konsumieren als auch das Dealen zu akzeptieren sind; daß die Hetze gegen die Betroffenen ausgrenzende und aggressive gesellschaftliche Tendenzen transportiert und daß die liberale Spaltung in "Junkies = arme Kranke" und "Dealer = Verbrecher" nicht nachvollzogen werden darf, da sich Konsum und Handel unter den Bedingungen der Illegalisierung nicht trennen lassen.

Daraus hat sich allerdings weder eine kontinuierliche und breiter getragene Debatte, noch ein gemeinsamer Prozeß linker Gruppen ergeben, der die isolierten Aktionen miteinander verknüpfen und eine engagierte Praxis ermöglichen würde. Die Entwicklung der Vertreibungslogik ist konsequent, der Widerstand dagegen besteht allzuoft aus dem gänzlich individualisierten Sich-Einmischen in Kontrollsituationen - so mensch nicht mittlerweile von der eigenen Hilflosigkeit gelähmt, verschämt vorbeigeht. Nach wie vor sind es nur wenige, die die tatsächliche Notwendigkeit linksradikaler Intervention gegen die Durchsetzung repressiver Toleranz als Politik- und Gesellschaftsmodell im Schanzenviertel ernstnehmen. Hilflosigkeit bis Desinteresse überwiegen.

Dennoch. Es ist wichtig, Klarheit darüber zu gewinnen, daß eine kritische linksradikale Politik, die sich gegen die selbstgerechte gesellschaftliche Tendenz zur Ausgrenzung unerwünschter Gruppen wendet, aktuell einen wichtigen Ansatzpunkt darstellt, um dem gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus, der Durchsetzung repressiver Kontroll- und Sicherheitskonzepte - seien sie die Kanthersche oder die nicht weniger gefährliche Variante eines rot-grünen Hamburger Senats - entgegenzutreten.
Nicht aus den Augen verloren werden darf dabei gleichzeitig, daß die rot-grüne Rede von der Liberalisierung der Drogenpolitik, die auch von einigen BürgerInneninis gerne in Anspruch genommen wird, nur das Vehikel darstellt, um guten Gewissens beifällig auf die Arbeit der Polizei blicken und zugleich auf der eigenen Offenheit und Toleranz beharren zu können. "Toleranz und Vielfalt" wird zur rosa Brille, die den Blick darauf vermeiden hilft, daß Praxis und Reden im und übers Schanzenviertel seit langem Ausdruck kaum verhohlener Aggressivität und spätestens in der inzwischen unvermeidlichen Alltagswahrnehmung "Schwarzer = Dealer" ganz unbestreitbar rassistisch sind. Daß mensch ja nun wirklich nichts dafür könne, wenn ausgerechnet Schwarze dealten, und es hier schließlich nur ums Dealen und nicht um die Hautfarbe gehe, war häufig das beleidigte Gegenargument von AnwohnerInnen auf die Kritik und den Rassismusvorwurf linker Gruppen. Hier gelangt jeder Versuch aufklärerischer Politik in die Sackgasse: Von den selbsternannten ProtagonistInnen und HüterInnen der Toleranz - Bullen eingeschlossen - kann keine Toleranz eingefordert werden, die die notwendigen Ausschlußmechanismen des erwünschten Multikultiparadieses in Frage stellt.

Das bedeutet für eine linksradikale Politik zwar nicht, daß nicht versucht werden müßte, auch auf argumentativer Ebene den erdrückenden Konsens im und übers Schanzenviertel aufzusplittern. Es bedeutet aber vor allem, daß der Punkt längst erreicht ist, an dem solche Politik sich gegen "AnwohnerInnen" richten und ganz offensiv Position beziehen muß zugunsten der Betroffenen, die die Objekte des ideologisch verkleisterten "Bei uns im Viertel"-Sicherheitswahns und Verfolgungswillens sind.
Die Zugehörigkeitskriterien und ihre Durchsetzung immer wieder in Frage zu stellen, eine Praxis zu entwickeln, die den Konsens bedroht, klare Grenzziehungen nicht zuzulassen , heißt letztlich eine bewußte Polarisierung. Diese ist notwendig.
Die eigenen Forderungen dürfen nicht integrierbar sein und so ungewollt den Mechanismus repressiver Toleranz stützen. Deswegen ist es so wichtig, die rassistische Dimension der aktuellen Atmosphäre und Vertreibungssituation zu begreifen und mit dem eigenen Handeln aufund anzugreifen. Die Polizeikontrollen sind Teil der Umsetzung rassistischer Flüchtlingspolitik, wenn unter dem offiziellen Deckmantel der „Bekämpfung der Drogenszene jederzeit auch der Aufenthaltsstatus der Betroffenen festgestellt wird. Die saubere Trennung des Rassismus von der "Drogenproblematik", die im Schanzenviertel vollzogen wird, stellt eine wesentliche Legitimation für die Aufrechterhaltung des Konsens dar. Dieses Konstrukt muß aufgebrochen werden. Deshalb wäre es letztlich nicht nur ignorant, sondern auch gefährlich, den Schwerpunkt der eigenen Politik auf die aktuelle Drogendebatte zu beschränken. Selbst die zur Zeit so breit diskutierte und isoliert betrachtet auch progressive Forderung nach mehr Druckräumen und deren rechtlicher Absicherung ist konzeptuell aufs engste verbunden mit der weiteren Effektivierung der Abschiebepraxis, den Platzverweisen und Ingewahrsamnahmen und darf deswegen nicht ohne deren Thematiserung und Bekämpfung stehen.
Im Schanzenviertel manifestiert sich die repressive Seite in der Alltäglichkeit der Bullenschikane, die so überaus erfolgreich ist, daß faktisch ganze Gruppen von Menschen sich keinen Schritt bewegen können, ohne der Kontrolle ausgesetzt zu sein. Durch diese Strategie wird die Stigmatisierung täglich öffentlich realisiert und festgeschrieben. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist und bleibt es für eine alltägliche Praxis notwendig, immer wieder gegen die "Arbeit der Polizei" vorzugehen und dem Anschein von "Normalität" entgegenzuwirken. Die Akzeptanz und Grenzziehung, die hier zur Zeit geschaffen wird, muß bekämpft werden. Das heißt, nicht zum Konsens bereit zu sein, sich nicht darauf einzulassen, daß z.B. das, was die Bullen hinter der Flora praktizieren, "irgendwie schon erträglich" sei. Nichts von dem, was sich hier gerade durchsetzt, ist erträglich.
Der Frieden, der im Schanzenviertel aktuell auf Kosten der Dealer, der KonsumentInnen, der Schwarzen und der Obdachlosen hergestellt wird, bedeutet eine Niederlage linksradikaler Politik.

Die drei vom blumenhandel



Brief von Rolf Clemens Wagner

Anmerkungen zur Auflösungserklärung der RAF

Fangen wir mal von hinten an. Ich würde sagen, Revolutionen finden wohl gelegentlich statt, aber sagen tun sie eigentlich wenig.
Am allerwenigsten hierzulande, wo sie durch Abwesenheit glänzen.
Es war nie eine, es ist keine, und es wird in vorhersehbarer Zeit hier auch keine sein.
Das ist das geschichtliche Kontinuum, die Realität, mit der wir es zu tun haben und die wir ja gerade auch mit harten Mitteln angreifen wollten.
Aber ich will mich nicht mit dem linken Kitsch aufhalten, der die Erklärung durchzieht wie der Schwamm ein altes Gemäuer. Es nervt so schon genug, sich aus einer grundsätzlich veränderten Situation und einem entsprechend anderen Erkenntnisinteresse heraus mit dem Schnee von Vorgestern befassen zu müssen.
Aber man kann sich ja nicht unwidersprochen zum politischen Trottel stempeln lassen.
Ja, wir haben gedacht in der damaligen Konfiguration, wir hätten eine Chance, etwas aufzubrechen und in der Metropole einen dialektischen Prozeß für die Befreiung in Gang zu setzen. Dabei war die Vorstellung nie, wir könnten als kleine, klandestine Gruppe allein mit dem bewaffneten Kampf irgendetwas „reissen“. Das Projekt war ausdrücklich *politisch*-militärisch, der bewaffnete Kampf war nur ein neues Element der Praxis, um gegen die Ideologielastigkeit und die Ohnmachtsgefühle zu realen Angriffen zu kommen. Das Konzept war weit genug gefaßt, um innerhalb einer Bewegung sinnvoll agieren zu können. Diese Bewegung gab es, hier und international, ich muß das nicht nochmal beschreiben.
Am Ende jedoch hat sich das starke Grundinteresse durchgesetzt, das eine Mehrheit auch der Linken mit dem „Normalbürger“ verbindet: ein relativ sicheres und angenehmes Leben (zu welchem Preis und wer ihn zu zahlen hat tritt dabei in den Hintergrund). Die Metropole ist doch immer noch das wärmere Plätzchen mit vielen Annehmlichkeiten. Damals noch mehr als heute, denn eine „soziale Frage“ im engeren Sinn gab es nicht. Die Wirtschaft boomte, es gab noch keine Massenarbeitslosigkeit, der Sozialstaat wurde noch ausgebaut, das Modell D an der strategischen Nahtstelle. Allerdings nur bis zum Ende der Blockkonfrontation, dann wurde es nicht mehr gebraucht und flog auf den Müllhaufen der Geschichte: „shareholder-value“ statt sozialer Sicherheit.
Und was die Verknüpfung mit „dem Sozialen“ anbelangt, erinnere ich mich noch gut an manche verlorene Gestalten im Morgengrauen zum Schichtwechsel mit Flugblättern am Fabriktor und die harsche Abfuhr, die sie sich meist geholt haben.
Diese Überlegungen, wie man das „Bedürfnis nach Emanzipation und Befreiung“ hätte „wecken“ können, sind vollkommen müßig. Um es mal anachronistisch zu sagen, es geht um das alte Problem, wie denn nun die „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“ wird. Wir sprechen also nicht von einem „militaristischen“ Fehler im Konzept, sondern von einer *vorgegebenen Bedingung* für jeden emanzipativen politischen Ansatz, nicht nur für den bewaffneten Kampf, und es sind ausnahmslos alle linken Ansätze gescheitert, nicht nur die RAF.
Also gut, in den Siebzigern war dann die Parole „ab ins Private“, ins alternative Leben, zurück an die Uni, auf den „langen Marsch“. Und die Marschierer sind ja nun nach gut einem Vierteljahrhundert endlich im Zentrum angekommen und dürfen das Projekt der agressiven Neupositionierung Deutschlands mittragen.
Wahrscheinlich „wäre es besser gewesen“, wenn statt dessen „der weltweite Aufbruch, aus dem auch die RAF kommt, durchgekommen wäre“. Dann stünden wir heute vielleicht nicht vor dem Schlamassel. Aber hypothetische Sätze sind brotlos. Wie überhaupt das gedankliche Kreisen um die Revolutionsformen und -vorstellungen des 19. und 20. Jahrhunderts - während sich die Welt unter unseren Augen so radikal umwälzt, daß heute praktisch nichts mehr so ist wie vor zehn Jahren noch - etwas von Don Quijote hat (wobei es sich mit „dem Sozialen“ ebenso verhält wie mit Dulcinea).
Aber zurück zur Geschichte. Unvergessen ist auch, daß nach dem ersten wirklichen Repressionschub Anfang der siebziger Jahre abrupt Schluß war mit „Fisch im Wasser“. Überall gingen für die RAF vorher offene Türen zu. Der eine oder andere hat es auch für angebracht gehalten, die Polizei zu informieren.
Jetzt gab es plötzlich unüberbrückbare politisch-ideologische Differenzen, schließlich mußte man diese opportunistische Absetzbewegung irgendwie erklären, die eine der Hauptursachen dafür war, daß damals fast alle Illegalen in den Knast gewandert sind. Ein paar Wochen zuvor sah das noch ein bißchen anders aus, nicht eitel Konsens natürlich, aber zur Polizei gerannt ist niemand. Und später hat man die Aktionen der RAF am Fernseher durchaus goutiert. *Safer politics*, sozusagen.
Beim „Abdrängen von Sympathisantenpositionen“ (Herold) mußten sich die Staatsorgane wahrlich nicht überarbeiten.
Danach war die Situation der RAF lange kippelig. Die Situation erzwang Konzentration einmal auf den Aufbau der Logistik und zum anderen auf die Gefangenen, die geschützt bzw. möglichst rausgeholt werden mußten, weil ihre psychophysische Integrität im staatlichen Gewahrsam offenkundig nicht gewährleistet war (was die, die uns oberschlau „Befreit-die-Guerilla-Guerilla“ genannt haben, wenig gekratzt hat).
Wie das ausgegangen ist, ist ja bekannt. 1977.
Sicher, diese Konzentration war reduktiv und ganz von den Aktionen für die Gefangenen bestimmt, was auf die Aktionen selbst nachteilig rückgewirkt und u.a. zur falschen Entscheidung für die Flugzeugentführung geführt hat.
Die Verfasser wiederholen nun in ihrer Auflösungserklärung, was sie schon seit Jahren runterbeten: Diese Reduktion und einseitige Betonung der bewaffneten Aktion habe durch die ganzen Achtziger hindurch fortgewirkt. Das habe verhindert, die Sache auf eine politische Ebene heben zu können, das „Soziale“ sei vernachlässigt worden, deshalb habe auch die „sozialrevolutionäre“ Komponente gefehlt und was weiß ich nicht noch alles.
Ich kann das verschwiemelte Zeug nicht mehr hören. Was es real gab (und vermutlich immer geben wird), das waren einzelne widerständige Gruppen und Individuen, die sich - wenn sie nicht gleich zur RAF wollten - eine politische Zusammenarbeit mit einer bewaffneten Gruppe vorstellen konnten. Soweit ich das beurteilen kann, waren das gerade in den Achtzigern nicht wenige.
Was es real in der ganzen Geschichte mit der RAF *nie* gab (und das war ja gerade die Erfahrung aus den Siebzigern), das waren wie auch immer definierte „soziale Bewegungen“, die ein Interesse oder von mir aus Bedürfnis gehabt hätten, über möglicherweise gleichgerichtete politische Ziele auch nur zu reden, weil sie alle den Einsatz politischer Gewalt kategorisch abgelehnt haben (was ihnen, nebenbei, auch nicht geholfen hat).
Also dieser Eiertanz ums „Soziale“, das ganze Lamento täuscht ja nicht darüber hinweg, daß sie - wenn es denn so war, wie sie sagen - lang und breit nur ihre eigene Unfähigkeit bejammern, einen Weg, den sie angeblich als falsch erkannt haben, nicht mehr weiter zu gehen, sondern etwas Neues zu suchen. Die Erklärung dafür ist wohl: Sie werden es so, wie es war, gewollt haben. Aber bevor sie das zugeben, behaupten sie lieber, der Fehler liege im Konzept. Nicht sie seien „militaristisch“ gewesen, sondern „das Konzept“, nach dem Motto, das war halt so, dafür konnten wir nichts. Echt pfiffig.
Es ist ja schon ein paarmal gesagt worden, aber ich sag es gern auch noch ein letztes Mal: Fakt ist, daß es lange Zeit in den Achtzigern sehr wohl Repolitisierungsversuche gab, harte Diskussionen, in denen Initianten damit abgebürstet wurden, sie trauten sich wohl nicht an Aktionen heran. Und als die Celler Gefangenen um Unter-

Unterstützung in dieser Auseinandersetzung angegangen wurden, kam lapidar zurück: „Eine Aktion, und dann die nächste. So läuft das."
Daß all die Leute sich heute hinstellen und ohne mit der Wimper zu zucken hierarchische, autoritäre, militaristische Strukturen in der RAF beklagen, das war schon bei den Kronzeugen nicht lustig.
Fakt ist weiter, daß der bewaffnete Kampf - wie transformiert oder modifiziert auch immer - seit Ende der Achtziger ohnehin politisch keinen Sinn mehr macht. Die Konstellationen stimmen nicht mehr, alle Bezugspunkte fehlen. Die auf allen Ebenen epidemische Gewaltanwendung macht überdies Gewalt als Mittel im politischen Kampf wirkungslos.
Und nun zum letzten Punkt:
„Nach unserer Niederlage von 1993 wußten wir, daß wir nicht alles einfach genauso weitermachen können. (...) Wir wollten noch mal mit denen, die noch in den Knästen waren, alles zusammen durchdenken und gemeinsam eine neue Etappe beginnen. Am Ende zeigte sich in der für uns schmerzlichen Spaltung eines Teils der Gefangenen von uns, in der wir zu Feinden erklärt waren, daß die Entstehungsbedingungen der RAF - Solidarität und Kampf um Kollektivität - bereits vollständig verraucht waren."
Was soll das sein - eine Art Dolchstoßlegende?
Da lege ich doch großen Wert auf ein paar Klarstellungen. Niederlage, sicher, das pfeifen seit Jahren die Spatzen von den Dächern. Aber wieso '93? War da was Spezielles? Ach ja, richtig, die Steinmetzsche Einheit, das vergißt man immer so schnell.
Davon, daß die Verfasser mit uns diskutieren wollten, haben wir irgendwie nichts gemerkt. Wir waren immer unvermittelt mit ihren Papers konfrontiert. Auf unsere Kritik daran war nichts als das Schweigen im Walde, bis zur nächsten einseitigen Erklärung.
Wir haben niemanden zum Feind erklärt, ja nicht einmal von Spaltung geredet, sondern uns sozusagen ganz sachlich von Leuten getrennt, die damit begonnen hatten, ihre Partikularinteressen gegen uns zu wenden (aber jetzt - noch so eine müde Pointe - von Solidarität und Kollektivität reden). Den Verfassern ging es darum, sich irgendwie aus der selbstgebastelten Sackgasse herauszuwinden, und es ist ihnen zu diesem Zweck nichts Besseres eingefallen, als unsere Geschichte in etwas umzudeuten, das sie nicht war. Ich finde es legitim, das nicht mit sich machen zu lassen.
Und wenn es jemanden gibt, der bei dem ganzen eine Niederlage einstecken mußte, dann sind das wir übriggebliebenen Gefangenen. Wir haben die „Öffnung" initiiert, auf der alle ihr Süppchen gekocht haben, während wir dafür bis zum Hals im Beton der „Kinkel-Initiative" stecken.
Für 26 Jahre, wenn es beliebt.
Vielleicht aber auch ein bißchen länger.

Schwalmstadt, Ende April 1998



Mythen, unausrottbar.

Zwei Monate nach der Auflösungserklärung der RAF veröffentlichte die taz am 27.Juni ein Interview mit Karl-Heinz Dellwo. Im Aufmacher auf Seite 1 wird angekündigt, daß unter anderem die Legenden von Stammheim infragegestellt werden würden. Damit ist unter anderem die Einschätzung gemeint, daß Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe durch staatlich verantworteten Mord im Hochsicherheitstrakt von Stammheim ums Leben gekommen sind. Im Editorial zum Interview schreibt dann die taz-Redakteurin Klaudia Brunst in diesem Zusammenhang sogar von Mythen, die sich „als unausrottbar (!) erwiesen" hätten.
Der forsche Ton der taz mutet seltsam an; zwar könnten die Äußerungen Dellwos Anlaß geben, einige Statements z.B. von Irmgard Möller zu Vorgängen in Stammheim neu zu befragen. Dellwos Andeutungen, die Gefangenen von Stammheim hätten tatsächlich über von außen eingeschleuste Waffen verfügt und einige Erklärungen der „DDR"-Kronzeugen zur internen Diskussion über die Todesumstände in Stammheim könnten nicht vom Tisch gewischt werden, lassen aufhorchen. Jedoch außer diesen (noch?) kryptischen Andeutungen gibt es nichts in dem taz-Interview, das rechtfertigen würde, die Morde von Stammheim als Legende oder gar jetzt widerlegten Mythos ad acta zu legen.
Wenn Dellwo auf die Frage „Bis heute bestehen Zweifel an der offiziellen Darstellung. Jahr für Jahr wird gesprüht: Stammheim, das war Mord. Ist für dich alles geklärt?" antwortet: „Nein noch lange nicht. Ich bin sicher, daß es noch geheimes Material gibt.", ist dem einfach nur zuzustimmen. Bereits vor fünf Jahren stand es in diesem Heft: „Grundsätzlich dies: niemand kann von außen und mit der zeitlichen Distanz behaupten, 1976 und 1977 sind mit 100%-Sicherheit in Stammheim Morde geschehen; doch aus dem politischen Klima des Deutschen Herbst', der Liquidationsphilosophie der Sicherheitsbehörden (Todesschußfahndung) und den bestehenden faktischen Widersprüchen gegen die Version vom Selbstmord in Stammheim muß von Morden ausgegangen werden. Und dies eben erst recht, wenn staatliche Stellen nicht aufklären, sondern verschleiern - nur: mit Mythen läßt es sich zwar bequem leben, doch sie dürfen nicht

zur Ersatzreligion verkommen... ." (Zeck Nr. 17, August 93).
Es ist zu begrüßen, wenn am „Projekt RAF" Beteiligte in der (linken) Öffentlichkeit sich zu Widersprüchen, Fehlern und bisher zu wenig geführten Auseinandersetzungen zu Wort melden. Ob nun Dellwos Interview in der taz besonders gut aufgehoben ist, muß allerdings bezweifelt werden. Denn allzu offensichtlich möchte sich die taz an der Abwicklung radikalen linken Widerstands beteiligen. Der Horizont der taz z.B. in der Auseinandersetzung um die Todesumstände von Stammheim bewegt sich nur noch im staatlich vorgegebenen Raster des Distanzierungsrituals. Denn die Frage nach Mord oder Selbstmord von Ensslin, Baader und Raspe muß auch immer die Frage nach den Todesumständen all der anderen Toten beinhalten: denen der Todesschußfahndung und derjenigen, die in Gefängnissen durch ärztliche Nichtversorgung getötet wurden; den Todesumständen bei Ulrike Meinhof und Ingrid Schubert; denen von Ian MacLeod und Günter Jendrian, die in den 70er Jahren nur deswegen erschossen wurden, weil man die Unbewaffneten mit gesuchten RAF-Mitgliedern verwechselte. Schließlich die öffentliche Exekution von Grams in Bad Kleinen (von der wir demnächst in der taz wohl lesen werden, daß es vielleicht doch Selbstmord war...?) - so viele Tote und nie waren die Todesumstände frei von Widersprüchen, nie haben es die staatlichen Stellen zur Eröffnung von Verfahren vor ordentlichen Gerichten kommen lassen sondern immer bereits im Vorfeld die Ermittlungen eingestellt.. Und daher muß es dabei bleiben: nicht diejenigen, die die Tode von Stammheim für Mord halten, müssen sich rechtfertigen, sondern die staatlichen Stellen sollen endlich einmal eine widerspruchsfreie Version für ihre Behauptungen der Selbstmorde liefern.
Und in der Zwischenzeit packen die Gefangenen/Ex-Gefangenen der RAF mal auf den Tisch, was denn nun eigentlich los war: wenn Waffen nach Stammheim geschmuggelt wurden, wer war es denn? All die, die in den vergangenen Jahren bei verschiedenen Einlassungen vor Gerichten das für sich reklamiert haben, können's gar nicht gewesen sein. Was hat denn nun Brigitte Mohnhaupt und ein von Dellwo neu eingeführter Anonymus zu den Vorgängen in Stammheim im internen Kreis gesagt? Warum hat sich die RAF (und das fällt in der Tat auf) seit 1977 zu Stammheim sehr bedeckt gehalten, warum war in der Auflösungserklärung dazu nichts mehr zu lesen? Fragen, die genauerer Antworten harren, als sie Dellwo in dem taz-Interview angedeutet hat!
Und am Ende jetzt noch ein Wunsch an die Ex-RAF: überlaßt nicht der taz die Abwicklung der Geschichte der RAF, denn das hat weder die RAF, noch die taz verdient.

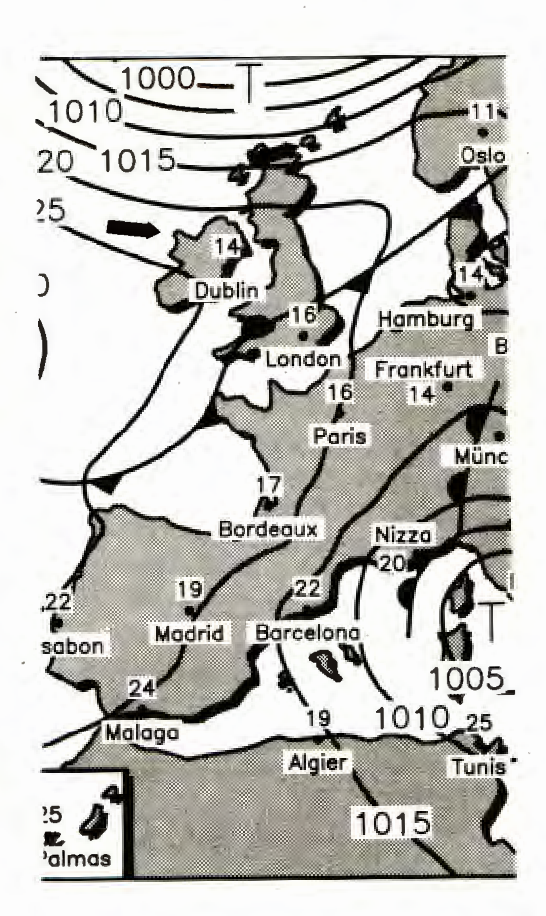
kba.



Nordirland: Peace off

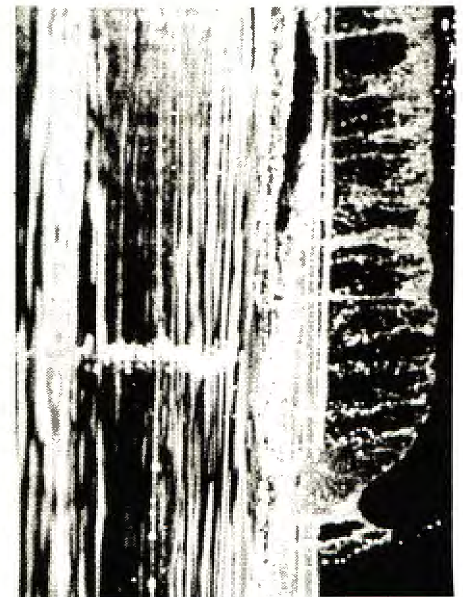
Das Friedensabkommen für Nordirland wird an der Diskriminierung der katholischen Minderheit wenig ändern.

Karfreitag kam in Nordirland nach einem mehrjährigen Verhandlungsprozeß unter Beteiligung der meisten nordirischen Parteien und der irischen und britischen Regierungen ein Friedensabkommen zustande. Am 22. Mai wurde das Abkommen in einer Volksabstimmung in Nordirland mit 71,1% angenommen, bei einer hohen Beteiligung von 81,1% der Wahlberechtigten. Gleichzeitig stimmten in der Republik Irland bei einem Referendum über die Aufgabe des Gebietsanspruches auf Nordirland 94,4% mit Ja, bei einer Beteiligung von 55,6% der Wahlberechtigten.
Das Friedensabkommen sieht u.a. die Bildung eines Regionalparlamentes in Nordirland und die Schaffung eines gesamtirischen Ministerrates vor. In dem am 25. Juni erstmals gewählten Regionalparlament sollen alle Parteien gemäß ihres Stimmenanteils an der Regierung beteiligt werden.
Der gesamtirische Rat dient dem Austausch und der Kooperation in Fragen der Landwirtschaft, des Umweltschutzes und des Tourismus. Die paramilitärischen



Gruppierungen sollen gemäß dem Vertrag bis zum Sommer 2000 abrüsten. Dann sollen, solange die jeweiligen Waffenstillstände halten, auch deren letzte Gefangene freikommen.
Ob es einen oder zwei irische Staaten gibt, wäre nicht weiter wichtig, wenn der nordirische Staat nicht auf einer systematischen sozialen und politischen Diskriminierung der irisch-katholischen Minderheit basieren würde. Die in dem Abkommen vorgesehene Verstärkung des Grundrechteschutzes und der Aufbau einer Gleichstellungskommission benennt keine konkreten Ziele und hängt nicht von gesamtirischen Institutionen ab. Die Gleichstellung soll vielmehr von den neuen nordirischen Institutionen umgesetzt werden, die von den probritischen unionistischen Parteien dominiert werden. Auch lehnt die Hälfte der unionistischen Parteienvertreter das Abkommen grundsätzlich ab und wird dessen Umsetzung mehr oder weniger direkt boykottieren. Solange die unionistische Bevölke-

rungsmehrheit somit ihre Vormachtstellung nicht aufgeben muß, wird es, zukünftige Gleichstellungsgesetze hin oder her, weiter Diskriminierung geben.
Unmittelbar stellt sich das Problem, daß die Irisch Republikanische Armee (IRA) nach dem Abkommen verlauten ließ, nicht abrüsten zu wollen. Die unionistische Führung knüpft jedoch eine Zusammenarbeit mit Sinn Féin im nordirischen Parlament und die Freilassung der IRA-Gefangenen an die Entwaffnung der IRA und die Fortdauer ihres Waffenstillstandes. Die Freilassung der paramilitärischen Gefangenen bleibt so von der weiteren politischen Entwicklung abhängig. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die nordirische Polizei aufgelöst wird oder die britische Armee aus Nordirland abzieht. Eine Kommission zur Polizeireform wird vom ehemaligen konservativen Gouverneur der britischen Kolonie Hong Kong geleitet werden. Die unionistischen Parteien haben klar gemacht, keine Neuorganisation „ihrer" Polizei hinzunehmen. Da kleinere paramilitärische Gruppen weiterhin militant agieren und die IRA sich, was die technischen Voraussetzungen betrifft, diese Option offen gehalten hat, wird auch die britische Armee weiterhin präsent und die Anti-Terrorismusgesetze in kraft bleiben. Das bedeutet, daß wie bisher insbesondere das katholische Proletariat alltäglicher Repression durch die Sicherheitskräfte und diejenigen probritischen Paramilitärs ausgesetzt ist, die das Friedensabkommen ablehnen. Auch insofern wird die nordirische Frage nicht gelöst, sondern werden die strukturellen Probleme nur verschoben.
Die IRA und die Partei Sinn Féin haben dem Abkommen als die maßgeblichen Organisationen der antikolonialen, irisch-republikanischen Bewegung zugestimmt. In der zukünftigen nordirischen Regierung wird Sinn Féin deshalb wahrscheinlich zwei der zwölf Minister stellen, um so auf die gesamtirischen Institutionen Einfluß zu nehmen und sich für eine Wiedervereinigung einzusetzen. Mit diesem Schritt erkennen Sinn Féin/IRA, entgegen ihrer bisherigen Politik, faktisch den nordirischen Staat und das Veto der unionistischer Mehrheit über die weitere politische Entwicklung an. Denn zu einer Wiedervereinigung soll es in Zukunft nur kommen, wenn sich dafür in Nordirland, nicht jedoch wie bisher von Sinn Féin gefordert, in ganz Irland eine Mehrheit findet. Auch Entscheidungen im gesamtirischen Ministerrat werden von der Zustimmung der UnionistInnen abhängen. Es ist deshalb höchst



zweifelhaft, daß, wie Sinn Féin meint, durch das Abkommen eine Dynamik entsteht, die in einer Entkolonialisierung Nordirlands mündet. Vielmehr wird Sinn Féin durch eine Mitwirkung an den nordirischen Institutionen ins herrschende System kooptiert.
Diese Entwicklung zeichnete sich schon länger ab. Sinn Féin/IRA haben sich 1970 von einer mehrheitlich auf einen innernordirischen Ausgleich bedachten republikanischen Bewegung abgespalten, um die katholischen Viertel in Nordirland gegen Pogrome zu verteidigen und um die britischen Kolonialherren militant zu bekämpfen. Ab Ende der 70er Jahre sicherte sich die republikanische Guerrilla die längerfristige Verankerung in den katholischen ArbeiterInnenvierteln durch die Aufnahme sozialistischer Politikelemente. Anfang der 90er Jahre schwenkten IRA/Sinn Féin jedoch auf ein Bündnis mit der Partei der katholischen Mittelklasse in Nordirland, der SDLP, und der bürgerlichen Regierung in Südirland um. Nachdem der bewaffnete Kampf und der Aufstieg Sinn Féins zur Wahlpartei die Wiedervereinigung nicht zu erreichen vermochten, versucht Sinn Féin nun ausschließlich auf parlamentarischer Ebene, die SDLP in der Gunst der nordirischen Katholiken zu überholen.
Die republikanische Bewegung knüpfte ihre Sozialismusvorstellungen an die Regulationsmöglichkeiten eines fordistischen Staates. Als nationale Befreiungsbewegung sieht sie sich als legitime Vertreterin des irischen „Volkes", weswegen ihr der gegenwärtige Übergang in die konstitutionelle Politik nicht ganz fern liegt. Dieser Staatsreformismus paßte in der Vergangenheit zum fordistischen Sozialismusverständnis. Unter postfordistischen Bedingungen hat die Sinn Féin Führung jedoch zuletzt auch die Ansiedlung multinationaler Konzerne in Irland unterstützt, was sie früher ablehnte. In bezug auf das Friedensabkommen heißt dies, daß sich die Vorstellungen der SDLP durchgesetzt haben. Diese will Nord- und Südirland zukünftig als Euroregion miteinander verbinden. Durch eine ungehindertere Kapitalakkumulation könnte Nordirland gegebenenfalls an den postfordistischen Boom in der Republik Irland anschließen. Solange die unionistische Bevölkerung dafür ihren Suprematismus nicht aufgeben muß, wird sich ein größerer Teil von ihr mit einer solchen Vorstellung anfreunden.
Infolge der Umorientierung von IRA/Sinn Féin haben sich einige Gruppen abgespalten, die den militanten Kampf gegen den nordirischen Staat fortsetzen. Im Gegensatz zur republikanischen Bewegung in der ersten Hälfte der 80er Jahre besitzen diese jedoch weder eine sozialistische Praxis noch eine Strategie, wie die Fortführung des bewaffneten Kampfes die unionistische Vorherrschaft brechen könnte. Wenn schon eine relativ starke und geeinte IRA dies nicht vermochte, ist dies heute einer zersplitterten republikanischen Bewegung erst recht nicht möglich. Insofern ist das Kalkül der britischen Regierung aufgegangen, einen größeren Teil der republikanischen Bewegung zu integrieren, um den Rest militärisch zu zerschlagen oder zumindest noch besser kontrollieren zu können.
Die unabhängige Republikanerin Bernadette McAliskey hat der republikanischen Führung im Februar 1996 als Gegenstrategie vorgeschlagen, den bewaffneten Kampf öffentlich für beendet zu erklären und ein antiimperialistisches Bündnis aufzubauen, das alle antikolonialen und sozialistischen Kräfte auf der Insel umfaßt, um so der durch die Friedensverhandlungen legitimierten unionistischen Vorherrschaft offensiv entgegentreten zu können. IRA/Sinn Féin lehnten erwartungsgemäß dieses Einheitsfrontkonzept von unten ab und blieben bei ihrem Volksfrontbündnis mit der katholischen Mittelklasse. Nur eine Zusammenführung der sozialistischen und anti-kolonialen Kräfte könnte jedoch längerfristig das entlang konfessioneller Linien gespaltene Proletariat einen, anstatt durch konstitutionelle Proporzpolitik dessen Spaltung zu reproduzieren. Wie sagte doch Sinn Féin Präsident Gerry Adams während der Friedensverhandlungen, *„bleibt die koloniale Frage ungelöst, wird eine weitere Generation in den bewaffneten Kampf gezwungen."*

gruppe demontage

▶ Solidarität

Am 12. Mai 1998 wurden bundesweit über 35 Wohnungen und Geschäftsräume nach § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) durchsucht. Die Ermittlungen richten sich gegen 39 Personen, die eine kriminelle Vereinigung innerhalb der Antifa Passau gegründet haben sollen.

Betroffen sind einige, gemeint sind wir alle!

Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!

Schafft Öffentlichkeit, solidarisiert euch, sammelt und spendet Geld!

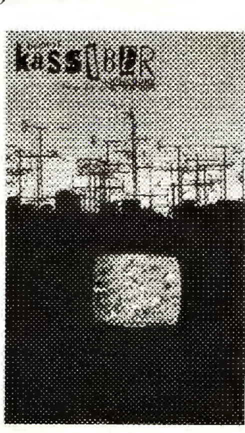
Spendenkonto:
Rechtshilfefond
Kto 3 608 298
Blz 740 900 00
Raiffeisenbank Passau/Freyung
Stichwort: 12. Mai



mit den Passauer AntifaschistInnen!

kassiber 35 (Juni 98)

> Gibt es einen 'linken Fußball'? - Interview mit Marco Bode (Werder Bremen) über Rassismus, Nationalismus und Schwulenfeindlichkeit im Stadion, Hany Ramzys 'Hitler-Gruß', Fußballberichterstattung und Ideologie, das Selbstverständnis eines 'linken' Profis u.a.m.
> Hirnforschung an der Bremer Uni
> Bundeswehrgelöbnisse und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik
> Abhörwut: Erfahrungen mit dem 'kleinen' Lauschangriff
> Weitere Themen: Die DNA-Analyse im Ermittlungsverfahren, die 'Auflösungserklärung' der RAF u.v.a.m.
64 Seiten für 5 Mark,
Abo (6 Ausgaben): 35 Mark



kassiber gibt es im gut sortierten Infoladen oder beim VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen, Fax: 0421-75682. Beim VzVuN können auch kostenlose Probehefte angefordert werden!
http://www.ohz.north.de/user/kombo/home.htm
eMail: kassiber@brainlift.de

floratermine im juli

freitag, 03.juli 22.00 uhr
das i - livity soundsystem präsentiert earth-rock im dub-style (oder so), gastgeberInnen des abends sind epicenter

samstag, 04.juli 20.00 uhr
soli-konzert für die antifa wasserkante. ska mit „tatort" (bremen), „skallywac" (oldenburg) und „srooge" (hannover).

montag, 06.juli 20.00 uhr
„food not bombs" - infoveranstaltung mit film über food not bombs und einem vortrag zu den zielen und grundsätzen dieser kampagne. food not bombs ist eine in der usa anfang der 80er jahre gegründete organisation, die inzwischen aus über 100 autonomen gruppen weltweit besteht. jede gruppe sammelt nahrungsmittel, die sonst weggeschmissen werden würden, bereitet daraus vegetarische bzw. vegane mahlzeiten zu und serviert diese auf zentralen plätzen der innenstädte - an alle menschen, die hunger haben. sie kochen auch auf protestkundgebungen und anderen aktionen.
wir wollen auch in hamburg eine gruppe gründen!

donnerstag, 09. juli 21.00 uhr
vollmond mit orchester

freitag, 10. Juli, 20.00 uhr
konzert mit „blocksberg"/crossover, „breeze"/punk und „kusa"/folk

samstag, 11. juli, 20.00 uhr
„dropoutmusik" - solikonzert zugunsten eines musikprojekts für „userInnen" illegalisierter drogen im schanzenviertel; mit „ligthman" (kamerun) and force x, „dubtarie" (hamburg), selector: crussial b.
es wird kurze redebeiträge zur hamburger drogen- und asylpolitik geben!

sonntag, 12. juli 11.30 uhr
frauenfrühstück in der flora-vokü

freitag, 17. juli 21.00 uhr
konzert mit „sound of pistol", „stau", „lazy joe" und „tokarz inferno"

samstag, 18. juli ab 12.00 uhr
das alljährliche nichtkommerzielle straßenfest im schanzenviertel mit abendlicher abschlußparty in der flora

freitag, 24. juli 22.00 uhr
gepflegter dub mit „level vibes"-soundsystem und „die anderen" -

samstag, 25. juli 21.00 uhr
solikonzert für „cafe und buch" (die bands standen bei redaktionsschluß noch nicht fest, bitte weitere ankündigungen beachten!)

samstag, 31. juli 22.00 uhr
besuch aus italien! „one love hi power" gastieren in der flora.

bitte beachtet die **veranstaltungsreihe des pestclubs** im juli jeden donnerstag ab 17.00 uhr mit picknick und filmen ab 22.00 uhr - näheres im inneren der zeck!

